

Es ist nie zu spät für einen Neuanfang

Plädoyer für eine Demographiewende durch eine aktivierende Familienpolitik / Von Tilman Mayer

Die Wirtschaft ist unser Schicksal – dieser Ansicht war Walther Rathenau vor hundert Jahren. Zwischenzeitlich wird man sagen müssen: Die Demographie ist unser Schicksal – und zwar dann, wenn wir die demographische Stagnationsphase fortsetzen und nicht intervenieren. Die demographische Lage stellt sich eindeutig dar. Die Geburtenrate ist seit den sechziger Jahren abgestürzt. Seit vier Jahrzehnten stagniert sie auf einem Niveau von etwa 1,4 Kindern je Frau. Das liegt ein Drittel unter dem Erhaltungsniveau. Jede nachfolgende Generation wird damit um ein Drittel kleiner sein als die Elterngeneration.

Klar erkennbar rollt nun ein Alterungsstunami auf uns zu, der Altenquotient wird sich im Zeitraum zwischen 2020 und 2040 nahezu verdoppeln. Bundesbankpräsident Jens Weidmann zitierte kürzlich den Demographen Herwig Birg mit der prägnanten Formulierung: „Unser Land gleicht einem Ruderboot. Die Zahl der Ruderer schrumpft, die der älteren Passagiere nimmt noch Jahrzehnte zu.“ Laut einer OECD-Studie wird die deutsche Volkswirtschaft bis 2030 von allen 42 untersuchten Ländern am zweitlangsamsten und bis 2060 am langsamsten wachsen. Ein wichtiger Grund dafür ist die Alterung und Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung. Deutschland ist neben Japan das am schnellsten alternde Industrieland.

Die Bevölkerungsentwicklung führt regional unterschiedlich zu Verlusten an Lebensqualität. Angesichts von Schrumpfungsräumen lassen sich gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zunehmend weniger aufrechterhalten. Am gravierendsten ist die Abnahme der Erwerbs-

bevölkerung im Zeitraum der nächsten drei Jahrzehnte. Sie kann durch Zuwanderung nur teilweise kompensiert werden. Zentrale Wohlstandsindikatoren werden durch den Druck des demographischen Wandels gefährdet. Neben dem Rentensystem stellt die Finanzierung der Pensionssysteme ein weiteres Problem dar, die Gesundheitskosten steigen ebenfalls.

Die Erhaltung der Produktivität ist das oberste Ziel der Demografiestrategie der Bundesregierung. Eigentlich müsste sie Mobilisierungsstrategie heißen: Mobilisiert wird durch die nochmalige Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern, den früheren Eintritt von Schülern in das Erwerbsleben, durch den frühen Zugang in den Erwerbsbereich nach dem Studium mit Bachelor-Examen, durch die längere Lebensarbeitszeit der gesamten arbeitenden Bevölkerung – Stichwort Rente mit 67 –, durch die Erhöhung der Zuwanderung von Fachkräften, durch eine hohe Exportorientierung der Wirtschaft und so fort. All diese Maßnahmen sind ökonomiezentrierte Antworten auf den demographischen Wandel.

Ausgangspunkt für eine strategische Intervention aber sollte die Demographie sein – also ein vielfacettiges analytisches Verständnis der demographischen Lage mit Blick auf die Möglichkeiten der Veränderbarkeit. Natürlich hätte man besser vor vierzig, dreißig, zwanzig oder zehn Jahren begonnen, sich der demographischen Krise anzunehmen. Dennoch ist es nie zu spät, einen Neuanfang zu wagen. Nur hat die verlorene Zeit bereits eine massive Kerbe in die Bevölkerungsstruktur geschlagen. Diese Kerbe ist weit gravierender als die Verluste beider Weltkriege zusammengenommen ausgefallen.

Führt das zur Einsicht, dass hier etwas falsch läuft in Deutschland?

Demographiepoltik muss das ganze Spektrum des demografischen Wandels ernst nehmen und sich insofern, wie die Demographiestrategie dies auch andeutet: um die Folgen kümmern. Was allerdings strategisch nicht diskutiert wird, ist die Geburtenrate, also die pulsierende Quelle allen Wandels. Demographie wird gerne als Schicksal dargestellt. Man sei ihr ausgeliefert, könne nichts unternehmen – womit man ein Alibi für ein Nichtstun hat. Auch kulturelle Unterschiede, etwa zwischen Frankreich und Deutschland, werden als Begründungen angeführt. Man übersieht dabei, dass Frankreich sich im neunzehnten Jahrhundert in einer ganz ähnlichen, demografisch ungünstigen Situation wie Deutschland heute befand. Die Franzosen und ihrer Regierungen haben aber den Willen, durch aktive Politik die Geburtenzahl zu stärken. Sie haben erfolgreich eine Demografie-Wende geschafft.

Der generative Beitrag von Familien zur Garantierung der sozialen Sicherungssysteme, also dass Kinder geboren werden, bedarf einer Aufwertung, er müsste im Rentensystem besser berücksichtigt werden, wie es das Bundesverfassungsgericht schon vor Jahren anmahnte. Doch statt eine aktivierende Familienpolitik stärker in den Blick zu nehmen, steht für die Politik auf der Agenda ganz oben die Zuwanderung. Der Fachkräftemangel wird beklagt, als ob man ihn nicht über Jahrzehnte hat kommen sehen können. Das Exportland Deutschland lebt mehr und mehr vom Import von Arbeitskräften, von Zuwanderung. Propagiert wird, Deutschland als Einwanderungsland zu begreifen, dabei hat es sich eigentlich als

solches nie verstanden. Bei genauerem Hinsehen auf wirkliche Einwanderungsländer sieht man, dass diese zugleich für eine gesunde Fertilität gesorgt haben. Und nur so ist ja auch eine wirkliche Integration möglich. Der soziale Zusammenhalt ist gefährdet, wenn in der Demographiepoltik einseitig die Migration und nicht gleichwertig die Geburtenrate in den Blick genommen wird.

Deshalb ist eine aktivierende Familienpolitik überfällig. Teilzeitarbeit zu fördern für Familien mit kleinen Kindern wird von der Bevölkerung unterstützt und ist ebenso sinnvoll wie die weiter reichende französische Regelung, dass haushaltsnahe Dienstleistungen für Familien mit Kleinkindern staatliche Unterstützung finden und dort die Tagesmutter als Beruf anerkannt und gefördert wird. Zugespielt formuliert, geht es gleichermaßen um die Anerkennung produktiver wie reproduktiver Leistungen. „Savoir vivre“ sollte nicht nur in Frankreich zur Lebenskunst gehören. Leben und Arbeiten gehören gleichermaßen respektiert.

Weder Zweckoptimismus – nur von demographischen Chancen zu sprechen –, noch Katastrophenszenarien (après nous le déluge) führen weiter. Nur wenn sich Deutschland endlich der zentralen Herausforderungen des Geburtendefizits und seiner ökonomischen Folgen realistisch und offen stellt, kann sich die demographische Lage noch aufhellen. Seien wir optimistisch: Das Kinderhaben bedarf erstrangiger Förderung. Demographie ist nicht Schicksal – man kann dieses Schicksal selbst in die Hände nehmen.

Prof. Dr. Tilman Mayer lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und ist Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V.